

# Der Gewerksverein.

Organ des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine  
und des Deutschen Arbeiterbundes.

Erscheint jeden Sonntag.  
Wöchentliches Abonnement:  
Preis: 7/8 Egr. = 26 Kr. Gd.  
Erschienen: Kaden-  
straße 27. Alle Bestellungen,  
in Berlin alle Zeitungs-Expe-  
ditionen, nehmen Bestel-  
lungen an.

Herausgegeben unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände

Dr. Max Hirsch.

Bei Abonnement von un-  
ter 1 Egr. 100 Exemplare unter 1 Egr.  
Werde direkt an den Heraus-  
geber (Dr. Max Hirsch, Kad-  
enstraße 27) tritt der er-  
mäßigte Preis von 6 Egr. = 21 Kr.  
von Post. ein welche franco  
empfangen sind.

Nr. 12.

Berlin, den 20. März 1870.

Zweiter Jahrgang.

## Abonnements-Einladung.

Das Herannahen des neuen Quartals veranlaßt uns diesmal umso mehr zu einer dringenden Aufforderung in Betreff des Abonnements, als nach Beschluß des Centralrats mit dem nächsten Vierteljahr die Ver-  
änderung des „Gewerksverein“ ganz geschäftlich geregelt werden soll. Wer das Quartals-Abonnement nicht bis zur dritten, das Monats-Abonnement nicht bis zur zweiten Nummer des betr. Zeitraumes entrichtet hat, kann das Blatt nicht ferner erhalten; eine Maßregel, welche zur Ordnung der Verbands-Finanzien als durch-  
aus notwendig erkannt wurde.

Wir ersuchen demzufolge um schleunige und eifrige Schritte in den Vereinen u. a. damit die Be-  
stellungen und deren Bezahlung diesmal rechtzeitig, womöglich schon vor dem Erscheinen der ersten Quar-  
tal-Nummer erfolgen. Durch längere Zögerung ent-  
stehen anbedingte Verluste für die Verbandskasse und Nachtheile für die Leser. Derselbe Ordnung, welche bei so vielen anderen Mäthern besteht, läßt sich  
sicherlich auch beim „Gewerksverein“ herstellen, wozu  
nur die nöthigen Vorkehrungen getroffen werden; im  
Uebrigen bleiben die Abonnementbedingungen diesel-  
ben. Wir bitten auch für neue Abonnenten zu wirken!

## Wochenschau.

Die bereits in unserer letzten Wochenschau ange-  
führte Interpellation des Anwalts fand am 16.  
März auf der Tagesordnung des Reichstags. Bei dem  
großen Interesse, welches die beregten Angelegenheiten  
für unsere Leser haben, glauben wir uns verpflichtet,  
diese Verhandlung in demselben Umfang zu bringen,  
wie die größeren Tagesblätter. Die Interpellation  
selbst lautete:

„Der Unterzeichnete richtet an den Herrn Bundes-  
kanzler folgende Anfragen: 1) Wird noch in dieser  
Sesssion, gemäß der Resolution des Reichstags zu  
§ 141 der Gewerbeordnung, der Entwurf eines Ge-  
setzes, welches die Normativ-Bedingungen für die  
Erziehung von Kranken-, Hülf- und Sterbekassen für  
Gesellen, Gehülften und Fabrikarbeiter anordnet,  
dem Reichstage vorgelegt werden? 2) Hat der Herr  
Bundeskanzler gemäß dem Beschlusse des Reichstags  
vom 29. Mai 1869, eine amtliche Untersuchung über  
den Einfluß der Zucht-  
hausarbeit auf die Lage der freien Arbeiter im  
norddeutschen Bunde angeordnet, und wird das Re-  
sultat derselben dem Reichstage noch in dieser Sesssion  
mitgetheilt werden? 3) Wird ein Gesetzentwurf über  
die Haftpflicht der Unternehmer für Leben und Ge-  
sundheit der Arbeiter in Bergwerken u.  
noch in dieser Sesssion dem Reichstage vorgelegt werden?  
4) Wann wird die Bestimmung des § 155  
Absatz 2 der Gewerbeordnung betreffend die Be-  
zeichnung der höheren und unteren Verwaltungs-  
behörden, Gemeindebehörden u. s. w.  
in den einzelnen Bundesstaaten zur Ausführung ge-  
langt?“

Der Interpellant, Abg. Dr. Hirsch, sprach zur  
Begründung ungefähr Folgendes: Diese vier Fragen  
beziehen sich sämtlich auf die Ausführung und Or-  
gung der Gewerbeordnung, die von den Arbeitern

auf's Schnellichs gewünscht wird. Die erste Frage be-  
trifft Kassen, die im größten Theil des Bundes auf  
dem gesetzlichen Zwange des Beitritts der Arbeiter be-  
ruhen. Die Gewerbeordnung hat diesen Zwang im  
Prinzip beseitigt, sich aber nicht für absolute Freiheit  
ausgesprochen, sondern unter vorläufiger Belassung  
der Landesgesetze die Regelung dieser Frage einem be-  
sondern Bundesgesetze vorbehalten. Der Reichstag sprach  
bei der Beratung der Gewerbeordnung in einer Re-  
solutionsart aus, daß statt der bisherigen Concessionspflicht  
für derartige Kassen das System der Normativbestim-  
mungen eingeführt werden müsse und daß die Sache  
sehr dringlich sei. Die Arbeiter begrüßten diesen Be-  
schluß mit Freuden und sie wollten in der Zwischenzeit  
bis zu dieser Sesssion, wo ein Entwurf über diese  
Frage erwartet werden mußte, beweisen, daß sie auch  
auf diesem Gebiete Großes mit der Selbsthilfe zu  
leisten vermöchten. Sie haben eine Reihe von Kran-  
ken-, Begräbnis- und Invaliden-Kassen provisorisch er-  
richtet, die nach dem Urtheil vieler Sachverständigen  
durch ihre nationale Basis und ihre nationale Aus-  
breitung vor den Zwangskassen einen großen Vorzug  
haben. Tausende von Arbeitern sind diesen Kassen  
bereits beigetreten und eine weit größere Zahl erwartet  
mit Sehnsucht den Augenblick, wo ihnen die Möglich-  
keit gegeben wird die alten Zwangskassen zu verlassen  
und diesen neuen beizutreten; denn gleichzeitig Mitglie-  
der beider Kassen zu sein, erlaubt den meisten ihr ge-  
ringer Lohn nicht. Wegen der langsamen Behandlung  
dieser Sache durch die Landesbehörden ist die Bestä-  
tigung dieser provisorischen Kassen noch nicht erfolgt;  
auf Statuten, welche im September eingereicht worden,  
ist bis heute noch kein Bescheid ertheilt. Die Regie-  
rung zu Magdeburg hat überdies ein ihr eingereichtes  
Gesetzstatut nur deshalb nicht bekräftigt, weil dasselbe  
nicht die Verpflichtung enthält, daß sämtliche Arbeit-  
nehmer dieser Branche der Kasse beitreten müßten.  
Ein solches Verfahren widerspricht strikte der Gewerbe-  
ordnung und führt zu unerträglichen Zuständen. Die  
Behörden dokumentiren übrigens in Bezug auf diese  
Angelegenheit eine große Unthätigkeit. Fast in jeder  
Stadt werden andere Maßregeln ergriffen. Selbst in  
der Hauptstadt erließ noch vor wenigen Tagen der  
Magistrat eine Verordnung, wonach die Arbeiter auf  
Grund der Lohnbeschlagnahme zum Beitritt der Zwang-  
kassen gezwungen werden sollen. Das widerspricht dem  
Lohnbeschlagnahmengesetze und zeigt einen Zustand, dem  
so bald als möglich ein Ende gemacht werden muß;  
denn er schädigt die Interessen der Arbeiter, welche das  
Brettanen zur Bundesgesetzgebung und die Kraft der  
freien Initiative verlieren. Die Arbeiter aller Rich-  
tungen wünschen daher sehr lebhaft eine gesetzliche  
Regelung dieser Sache, und es wird auch nicht schwer  
sein, ein richtiges System dafür aufzustellen und durch-  
zuführen. Für Actiengesellschaften soll fortan die Con-  
cessionspflicht und administrative Beaufsichtigung des  
Staates fortfallen. Sollte für diese Kassen ein an-  
derer Gesichtspunkt befolgt werden, so würde dargethan,  
daß die Arbeitnehmer ein geringeres Recht haben sollen,  
als die Arbeitgeber. Die Arbeiter haben aber schon durch  
ihre trefflichen Gewerkschaften bewiesen, daß sie das  
nicht verlernen. In England gilt für diese Kassen das  
System der Normativbestimmungen und dort sind sie

in der größten Blüthe. — Bei meiner zweiten Frage  
handelt es sich keineswegs darum, die Beschäftigung  
der Sträflinge überhaupt zu beseitigen, sondern nur  
sofern sie mit den allgemeinen wirtschaftlichen Inter-  
essen in Widerspruch geräth. Daß das vielfach der  
Fall ist, zeigen die Petitionen, die in jeder Sesssion  
bezüglich dieser Frage eingebracht. — Die Nothwendigkeit  
der Haftpflicht der Unternehmer für die Gesundheit der  
Arbeiter ist hier schon oft anerkannt. In vorletzter  
Sesssion wurde eine hierauf bezügliche Petition dem  
Bundeskanzler zur Berücksichtigung überwiesen, in der  
Erwägung, daß es eine rechtliche, sociale und politisch-  
sittliche Pflicht ist, die bezügliche Lücke in der Ge-  
setzgebung auszufüllen. — Meine letzte Frage ist rein for-  
mal, aber dringlich, weil ohne ihre Regelung die Ge-  
werbeordnung nicht auszuführen ist. Ich hoffe, daß  
der Bundesrath die vielgerühmte Energie, die er in der  
Ordnung und Regelung der Verhältnisse bewiesen hat,  
auch auf diese dringenden Lebensfragen der Arbeiter  
ausdehnen wird, und bin überzeugt, daß der Reichstag  
derartige Vorlagen willkommen heißen und ihnen die  
vollste Aufmerksamkeit widmen wird.

Hierauf antwortete der Präsident des Bundes-  
kanzleramts Delbrück: Auf die bezüglich des ersten  
Punktes angeführten Thatfachen kann ich nicht an-  
worten, weil sie mir nicht bekannt sind und ich kon-  
statire nur, daß eine Beschwerde darüber an das Bun-  
deskanzleramt nicht gerichtet ist. Die Sache selbst an-  
langend hat der Bundesrath auf ihre vorläufige Re-  
solutionsart die Bundesregierungen um Mittheilungen über  
die bei ihnen bestehenden Kassen und darauf bezüg-  
liche Gesetze ersucht. Derselben sind erfolgt und ist  
darauf ein Gesetzentwurf ausgearbeitet, der in kurzer  
Zeit dem Bundesrathe wird vorgelegt werden. — Auch  
über die Zuchtanstalten sind Ausstellungen von den  
einzelnen Regierungen eingefordert. Derselben sind  
eingegangen, aber ihr Inhalt hat dem Bundesrathe  
keine Veranlassung gegeben, seinerseits die Initiative  
in dieser Frage zu ergreifen. Der Mittheilung dieser  
Ausstellungen an den Reichstag steht nichts entgegen.  
— Mit dem Gegenstand der dritten Frage hat sich  
der Bundesrath eingehend beschäftigt. Auf Grund  
des Berichtes des Untersuchungscomittees wird ein Ge-  
setzentwurf ausgearbeitet, dessen Mittheilung in den  
nächsten Tagen bevorsteht. — Der vierte Punkt ist be-  
reits vollständig erledigt. Die sämtlichen Bundes-  
regierungen haben diejenigen Verfügungen erlassen, die  
theils in Gesetzblättern, Amtsblättern oder sonst publi-  
cirt sind. In diesen Ausführungsverfügungen sind  
überall die Behörden bezeichnet, deren Angabe in dem  
Schlußparagrafen der Gewerbeordnung gefordert  
wird.

Da im Reichstage eine Diskussion über Interpel-  
lationen nicht stattfindet, so war die Verhandlung mit  
der Antwort des Hrn. Präsi. Delbrück zu Ende. Zu  
bedauern ist, daß dieselbe, trotz der Bestimmtheit der  
ersten Frage, ob der Gesetzentwurf über Kranken- u.  
Kassen noch in dieser Sesssion dem Reichstage vorge-  
legt werden würde, hierüber keine Gewißheit gab; noch  
weniger über die Prinzipien des neuen Gesetzes, worauf  
doch der Interpellant in seiner Begründungrede so  
großen Nachdruck legte. Immerhin können wir mit  
Genugthuung begrüßen, daß der Gesetzentwurf über

die Hüfs- u. Kassen bereits ausgearbeitet dem Bundesrathe vorliegt, und also wahrscheinlich noch in dieser Session auch im Reichstage eingebracht werden wird und daß dies mit dem hochwichtigen Gesetze über die Haftpflicht der Unternehmer bestimmt in wenigen Tagen der Fall sein wird. Hoffen wir, daß beide Gesetze den Forderungen der Wissenschaft und der Humanität entsprechen mögen! — Die Frage der Zukunftsbauarbeit wird bei Gelegenheit der Petitions-Verhandlungen demnächst noch einmal im Reichstage debattirt werden.

Immer deutlicher tritt die innige Verbrüderung der Anhänger Schweigers mit der Reaktionspartei zu Tage. Je näher die zu dem Herbst bevorstehenden Wahlen zum preussischen Abgeordnetenhause und zum norddeutschen Reichstage rücken, um so zärtlicher werden die Herren Wagner und Schweiger mit einander. Die „Tribüne“ verbürgt sich für selbende Mittheilung, deren weiteste Verbreitung sie zu Ruß und Frommen der Wähler wünscht. Sie schreibt nämlich: „Während die Vorbereitungen zu den Wahltagungen der liberalen Parteien offen und ohne Hehl betrieben werden, arbeiten die Mucker und Jarucker im Stillen und Geheimen. Es verlautet indessen schon jetzt, daß in den Conventikeln der Reaktion sehr eifrig gearbeitet wird. Zuverlässig ist auch bereits ein Bündniß der Kreuzzeitungspartei mit den Illramentanen und den sogenannten Sozialdemokraten abgeschlossen. Als vor einigen Tagen ein Mann von aristokratischer Gesinnung einen Kreuzzeitungsblatteur fragte, wie man sich in so schlechte Gesellschaft begeben könne, antwortete Letzterer wörtlich: „Ich bitte Sie, werther Graf, die Regierung kraudt dieses Gefindel, um alle gemäßigten Elemente auf die rechte Seite zu drängen; es ist dies eine sublimen staatsmännische Spekulation, mit der wir glänzend reussiren werden.“

Wie sie liebäugeln und careffiren mit den sozialdemokratisch gesinnten Arbeitern, das zeigt so recht eigentlich wieder einmal die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, bekanntlich das Organ Bismarcks. Zwei lange Spalten widmet sie einer am Sonntag stattgehabten von Schweiger berufenen Arbeiterversammlung, in der einige Resolutionen gegen den Reichstag, gegen die Berliner Hauswirthe und gegen die liberale Presse angenommen wurden. Mit beinahe Freigeigigkeit hat jene Versammlung auch die Unterstützung der Wiener Segler beschlossen, — ja beschließen und Resolutionen fassen, das ist ein leichtes Ding! — Die Wiener werden wohl ebenso kräftig wie die Halbenburger von jener Seite unterstützt werden!

Ein größeres Armuthszeugniß, als sich kürzlich der Präsident der Kassalischen Arbeitervereine weiblicher Linie, der doch auch noch vor Kurzem als treuer Bundesgenosse und ehrenwürdiger Präsident Schweiger zur Seite stand, im Reichstage gegeben, kann man sich kaum vorstellen. Der „Sozial-Demokrat“ bezeichnet jenen Bergang als „trauerliches Benehmen“, er verweist dabei, daß jener Knabe, der offen seine „Unreife und Unwissenheit“ bekundete und sich „dem gerechten Spott der Gegner“ aussetzte, einst, als er noch jünger war, als Führer jener Partei vorstand, die den einzig richtigen Weg zum Heil kennt. Wie mögen wohl die am wenigsten Gebildeten jener Partei die gegenwärtigen Zustände kennen, wenn ihr Derselbe beipflichtete nicht von der Ermordung des Fürsten Kidenows in Frankfurt 1848 weiß!

Berlin, den 14. März 1870.  
An den Herausgeber des „Gewerkvereins“ hier.  
Auf Grund des Preßgesetzes ersuche ich Sie um folgende Berichtigung:

„Die Nummer 10 vom 6. März enthält eine Besprechung der Motive, die unser Referent für den Austritt aus dem Verbandsangehörigen haben soll. Diese Motive sind vollständig falsch wiedergegeben. Namentlich ist es unsern Referenten nicht eingefallen zu sagen, daß die Maschinenbauer die Hälfte der Verbandskosten zu tragen hätten.“

Vollständig erfunden, wie dies unsere letzte Orts-Versammlung ausdrücklich einstimmig bestätigt hat, ist die Mittheilung, daß zwei Generalratsmitglieder sofort erklärt hätten, daß wir fernem zu einem solchen Beschlusse nicht berechtigt seien. Es haben allerdings zwei Generalratsmitglieder, Herr Böhm und Herr Längler das Wort genommen. Die Ausführungen des Herrn Böhm richteten sich dahin, daß er sagte, es handle sich jetzt noch nicht um einen bindenden Beschluß,

sondern um einen Antrag, der dem Delegirtenrathe unterbreitet werden sollte, die endgültige Entscheidung trete also erst auf dem Delegirtenrathe ein. Herr Längler sprach in kurzen Worten für unsern Beschluß, den er lebhaft beifürwortete.

Wir haben ausdrücklich die Motive nicht veröffentlicht, da wir nicht wissen, ob der Delegirtenrathe dieselben billigen wird, aber wir müssen und energisch dagegen vermahnen, daß diese Motive falsch dargestellt werden, um so mehr als die Redaction dieselben nur vom Hörensagen hat, denn ein Berichterstatter derselben war in unserer Sitzung nicht.

Wir müssen also auch alle Freunde ersuchen, jede Polemik gegen diese Motive zu lassen, da die veröffentlichten Motive nicht die unsern sind. Wir werden nicht verfehlen, unsere Motive seiner Zeit bekannt zu geben.

Für den Ortsverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter zu Berlin.  
Der Vorsitzende C. Blum.

Wir haben hierzu Folgendes zu bemerken.

Als der Beschluß des Ortsvereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter zu Berlin, „aus dem Verbandsangehörigen u.“ und ohne alle Motive jugend, erkannten wir sofort, daß dies allgemein großes Bestremden und Mißbilligung erregen würde, und ersuchten den Berichterstatter, Ortssecretair Dehnel, in einem (wie es unsere Gewohnheit) höflichen Schreiben um Mittheilung der Motive. Statt derselben empfingen wir ein von Herrn Blum und Dehnel unterzeichnetes sehr erzürntes Schreiben, worin es unter Andern hieß, daß durch diese Aufforderung „der Redakteur seine Befugniß in einer unerbörten Weise verlegt habe“ und unbenänderte Aufnahme des Referats verlangt wurde, widrigenfalls ein Ineriat in sämtlichen Berliner Zeitungen erfolgen würde! Wie in Wirklichkeit selbst Verbands- und Vereinsgenossen über die Vorenthaltung der Motive eines solchen Beschlusses denken, geht unter Andern aus der Resolution des Ortsvereins zu Danzig hervor.

Gleichzeitig mit jenem Schreiben ward uns von einem durchaus glaubwürdigen, in jener Orts-Versammlung anwesend gewesenen Mitgliede des Ortsvereins unaufgefordert ein Bericht übersendet, aus welchem wir die Motive des Referenten (Herrn Blum) wörtlich in die „Wochenchau“ von Nr. 10 aufnahmen. Wir kannten dieselben also nicht von „Hörensagen“, wie Herr Blum meint, sondern von einem Berichterstatter, der vollständig in der Lage und berechtigt war, die Wahrheit zu berichten, ferner die Ortsvereinsmitglieder unserer Gewerksvereine öffentlich sind. Es wird sich zeigen, ob dieser Gewährungsmann insbesondere die Behauptung des Herrn Blum, die Maschinenbauer müßten beinahe die Hälfte der Verbandskosten bezahlen, wirklich nur erfunden hat?

Die Differenz in Betreff der Messung des Herrn Böhm läuft auf einen hohen Vortheil hinaus. Wir belagern unsere Mittheilung durch die betreffende Stelle aus dem Protokoll der Centralrats-Sitzung vom 2. März, welches die sämtlichen Vertreter der Maschinenbauer durch Unterschrift anerkannt haben. „Herr Böhm berichtet, daß er in der betreffenden Versammlung darauf hingewiesen habe, daß darüber ein Ortsverein nicht beschließen kann, sondern dies Sache der Delegirtenversammlung sei.“ Ist dies deutlich? Schließlich überlassen wir es dem Urtheil der Vereinsgenossen, ob es nöthig und geziemend war, gegen die Redaction des Verbandsorgans ohne Weiteres das preussische Preßgesetz aufzurufen. Die Redaction.

### Gewerkvereins-Beitrag.

Aus Berlin.

§ Am 7. d. M. fand die 11. Mitgliederversammlung des Ortsvereins der Gold- und Silberarbeiter bei Gappoldt, Prinzenstr. 72, statt. Unser Vorsitzender Herr Aug. Richter hielt einen mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag über die Junfte des Mittelalters gegenüber den Arbeiterbefreiungen der Neuzeit. An diesen Vortrag schloß sich eine kurze Diskussion, durch an den Vortragenden gerichtete Fragen hervorgehoben, an den Beweis gebend, daß der Vortrag aufmerksame Zuhörer gefunden. Der von dem Generalrathe in Pforzheim eingekommene 1. Kassen-Ausgleich wurde verlesen, Folge dessen unsern Verein an den in Januar 55 Zhr. 3 Egr. abzuführen hat. Nach einer Erläuterung durch den Vorsitzenden in dieser Sache, wurde derselbe ohne Widerspruch von der Versammlung angenommen. Die Annahme resp. Einführung der neuen Fabrikordnung in Pforzheim, durch

Einbarung der Fabrikanten und Arbeiter, wurde als erfolgreiche Frucht des Gewerksvereins begrüßt. Dieser (wie der inzwischen in Glangem erreichte günstige) Erfolg des Gewerksvereins möge allen Zweifeln an der Nützlichkeit dergl. Vereine und festes Zusammenhalten der Arbeiter ein schlagendes Beweis sein, wie Großes noch erreicht werden kann, wenn Einigkeit und Mäßigkeit unsere Richtschnur bilden. Nachdem noch Hr. D. Brielmann als Vertreter über die Verbandsführung referirt und die Vereinsangelegenheiten erledigt sind, wird der Fragekasten eröffnet. (S. 11) eingegangene Fragen, welche durch den Vorstand beantwortet wurden, gaben Zeugniß, wie nützlich und anregend die Einrichtung ist.

§ In der am 12. März c. stattgehabten Versammlung des königlichen D.-R. der Tischler und Berufs-genossen, fand eine allgemeine Besprechung über die Statuten der Krankenkasse statt. Anträge zum Anschluß an den Ortsverband und Betheiligung an den Verträgen des Arbeitervereins wurden angenommen. Die Höhe der Caution des Kassiers wurde vorläufig auf 15 Zhr. für jede Klasse festgestellt und beschlossen, die betreffenden Vereinsmitglieder in der Sparkasse des Berliner Arbeitervereins niederzulassen. Als Vertreter zum Ortsverband wurde Hr. Gersbacher gewählt und der Anschluß an den Gewerksverein der Tischler beschlossen. Curt Richter.

§ In der am 12. März abgehaltenen Versammlung des Ortsvereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter wurde ein Mitglied wegen ehrenrühriger Handlungen von der Versammlung der Mitgliedschaft für verlustig erklärt und der Antrag des Ausschusses, die Sektionskassier mit 1 Prozent für ihre Mißverwaltung zu entschädigen, bis zur nächsten Orts-Versammlung vertagt. Hierauf referirte Hr. Blum über das am 9. April stattfindende Vergnügen, bestehend in Theater (ausgeführt von Mitgliedern des Vereins), lebenden Bildern und Ball, zum Besten für das zu gründende Vereinshaus. Zu dem am 19. März stattfindenden Kongreß der Heilensauer Deutschen wurden die Herren Blum, Längler und Dehnel deputirt. Da in dem am 6. März d. J. erschienenen Gewerksverein von der Redaction des Referenten (für Austritt aus dem Verband) Motive, welche derselbe aufstellte, theilweise unrichtig mitgetheilt oder aufgesetzt waren, so wurde Hr. Blum beauftragt, dieselbe zu erforschen, hierüber eine Berichtigung einzutreten zu lassen.

§ In der am 12. März abgehaltenen Versammlung der Klempner und Metallarbeiter erstatteten die beiden Delegirten des Verbandes und des Centralrathe Bericht über die letzte Verbands- resp. Centralrathe-Sitzung. Dann folgte ein Antrag, betreffend die Anlegung der Vereins- und Krankenkassenteller. Wie diesem angelegt, ob bei der nächsten Sparkasse, oder einem Banquier u. d. darüber entspann sich eine lange Diskussion. Schließlich wurde dasselbe dem Vorstand nochmals zur Begutachtung überwiehen. Herr Ditt referirte über die Invalidenkassen, und legte den Mitgliedern den Zweck derselben in eingehenden Worten auseinander, weil viele über den Zweck und die Bedeutung derselben nicht recht im Klaren sind. Hierauf folgte der Vortrag des Mitgliedes H. Söllner über seine Reise von München nach Serbien, welcher sich über seine weitläufiger Rede in allen seinen Punkten eines unangenehm Beifalles erfreute.

§ Am 10. März waren von dem Ausschusse des Ortsvereins der Cigarren- und Tabakarbeiter sämtliche Ausschussmitglieder der Berliner Ortsvereine zu einer Versammlung einberufen, um über die Gründung eines Medizinerverbands für sämtliche Krankenkassen der Ortsvereine eine Besprechung zu halten. Die Versammlung war im Allgemeinen schwach besucht und waren mehrere Vereine gar nicht vertreten. Nachdem der Vorsitzende des Ortsvereins der Cigarrenarbeiter, Herr Jengler, die Versammlung eröffnet, erklärte er dieselben, welche Motive den Verein dazu bewegen haben, sich mit einem derartigen Antrag an den Berliner Ortsverband zu wenden, und bittet die Versammlung, sich über denselben auszusprechen und wo möglich sich der Sache anzuschließen. Herr Bollmann stellte sofort den Antrag, die heutige Versammlung zu vertagen und in nächster Zeit eine neue zu berufen und dann über diese Sache zu berathen. Herr Bollmann motivirte denselben dahin, daß die heutige Versammlung so schwach besucht sei, und daß sich die Mitglieder überhaupt über diese Frage, bis zur Einberufung der Versammlung, nicht hatten informieren können. Die Versammlung stimmte im Wesentlichen den Ausführungen des Herrn Bollmann bei, und beschloß nach einer längeren Debatte, sofort einen bestimmten Tag festzusetzen, an dem die nächste Versammlung abzuhalten sei, und wurde der 5. April das festgesetzt. Es findet somit die Versammlung am 5. April c. Abends 8 1/2 Uhr im Café Humboldt, Neue Grünstr. 32, statt, und werden sämtliche Ausschussmitglieder dringend gebeten, zu derselben zu erscheinen.

Im Auftrage A. Leyer.

§ Am Montag den 7. März hielt Herr Kuppel im Ortsverein der Maurer den schon 14 Tage früher versprochenen Vortrag über den Halbenburger Streit. Die Versammlung hörte mit gespannter Aufmerksamkeit zu und gab durch Applausen vom Platte dem Herrn von Saar zu Neusalzbrunn, als ersten Kaufmann, welcher den Berg-

arbeiten  
tathalt  
Dent  
sine  
9  
Vertra  
des G  
Straß  
hier, in  
siam ft  
dem Be  
erlaubt  
sankun  
unter de  
  
des Ori  
der Nec  
hierauf  
Höbel i  
die Wei  
moran  
überbra  
Erfinnu  
  
§ In  
lung de  
hender  
lichen D  
Sofort a  
bei den  
total, s  
verein s  
§ C  
lesale a  
Drücker  
auf besou  
man er  
des Kran  
heil für  
ms die g  
bestend  
in einem  
des Wahl  
verfolgt  
Gäfte di  
empfabl  
der, trotz  
geschlag  
sam zu p  
unersüch  
hergen g  
glieder d  
sue hinz  
Halbenbu  
§ Hbr. A  
Schnun  
der K  
thellung  
arbeiter,  
Gesang  
massig  
berall  
Beitrag  
Ortsverei  
umrecht  
brachten  
Höhm, in  
schloß ein  
§ A  
Ortsverei  
arbeiter  
und Hoch  
und Ort  
über den  
den Mittra  
bauer zu  
Zagerebr  
unterziche  
nach läng  
Erwägung  
Metallar  
Delegirter  
werkverei  
ist, daß  
Gründe a  
daß der  
veranlaßt  
Berichter  
im Tage  
Angelegen  
Arbeiter  
über and  
bigen.“  
§ Schreibe  
Machimen  
wissen, d  
solligen

arbeiten am Weihnachtsabend auf Anweisung des Generalraths Lebensmittel auf Kredit verabreicht hatte, ihren Dank zu erkennen. Dann berichtete Herr Ruppelt über seine Reise nach Greifswald und Stralsund. Nach dem Besatze wurde der Beschluß gefaßt, so lange die Schulden des Gewervereins nicht getilgt sind pro Woche 1 Sgr. Extraleute fort zu zahlen. Ein Antrag des Herrn Böhler, mit der Gründung einer Vereinsbibliothek vorzugehen, fand starken Beifall und erliefen viele Mitglieder, Bücher dem Verein zur Verfügung zu stellen. Beugnehmend darauf erlauben wir uns alle wohlwollenden Männer und Buchhändler, welche sich zur Aufgabe machen, die Bildung unter den Arbeitern fortzupflanzen, und dabei zu unterstützen.

**§ In der am 12. März stattgehabten Versammlung** des Ortsvereins der Tischler u., wurde vom Controlleur der Rechenschaftsberichte für Monat Februar abgegeben und darauf einige Anträge erledigt. Sodann erstattete Herr Göbel im Namen der Delegierten Berlins den Bericht über die Weihnachtsfeier abgetheilte Delegiertenversammlung, woran sich eine lebhafteste Diskussion herrschte. Herr Liebau überbrachte einen Gruß vom Vörlager Ortsverein, dessen Übertragungsfeier er beigewohnt hatte.

**§ In der am 15. d. M. stattgehabten Ortsversammlung** der Töpfer wurde die Angelegenheit des bevorstehenden Delegiertentages besprochen, und nach einer gründlichen Diskussion wurden einstimmig die Herren Esler und Wille als Delegierte gewählt, um den hiesigen Ortsverein bei den Verhandlungen zu vertreten, welche im Wittinischen Lokal, Brunnenstr. 34, stattfinden werden. Der Ortsverein zählt bereits 101 Mitglieder.

**§ Besuchsbräuen.** In der am 7. März im Werner-Lokal abgehaltenen jährlich besuchten Versammlung des Ortsvereins der Gerber und Lederjuristen waren außerordentlich viele Gäste erschienen. Es wurden zunächst einige Paragrafen des Krankenlistenstatuts durch längere Debatte zum Vortheil für die Kaffe umgewandelt, bei welcher Gelegenheit uns die genannten Herren durch ihre praktischen Erfahrungen beifolgend zur Seite standen. Der Vorstand des Vereins, welcher in einem langen Vortrage die Entstehung und den Verlauf des Waldenburger Streiks, mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgten die Mitglieder des Vereins, sowie die anwesenden Gäste die treffenden Worte des Vortragenden. Redner empfahl schließlich den jungen Mann der Gewervereine, der, trotzdem er noch so jung, doch schon so starke Würdigung zeigend und der sich immer mehr und mehr einflaste, sorgsam zu pflegen, damit er recht bald zu einem starken und unerlöschlichen Baum heranwachsen könne. Diesem aus vollem Herzen gesprochenen Worte kräftigten nicht nur die Mitglieder des Vereins, sondern führten an demselben Abend neue hinzu. Am Schluß der Versammlung wurde für die Waldenburger Bergarbeiter eine Sammlung angeregt, welche 2 Bthl. 8 Sgr. ergab. Alle trennte sich mit den besten Sehnsüchten für den Verein. **§ Jungling, Sekr.**

**§ Charlottenburg.** Am 5. d. M. feierte der D. B. der Fabrik- und Handarbeiter, unter zahlreicher Beteiligung der Ortsvereine der Bauhandwerker und Glasarbeiter, sein 1. Stiftungsfest. Das Fest eröffnete der Ortsverein der hiesigen Bauhandwerker mit dem trefflich ausgeführten Liede von Krüger: „Das ist der Tag des Herrn!“ Dann sprach Hr. Blum einen, mit dem größten Beifall aufgenommenen Prolog, worauf der Vorsitzende des Ortsvereins, Hr. Otto Richter, unter gespannter Aufmerksamkeit die Festrede hielt. Nach diesem erfolgten Anreden der Herren Bollmann, Blum, Esler (Berlin) und Behm, Vors. des hiesigen Bezirksvereins. Das Fest beendete ein heiteres Tanzvergnügen.

**§ Danzig.** In der am 12. Februar stattgehabten Ortsversammlung der Maschinenbau- und Metallarbeiter handelte über die Tagesordnung: 1) Nachregelung und Rechtschutz; 2) Kranken- und Sterbefälle; 3) Zeit und Ort der Versammlungen. Nach Schluß der Diskussion über den ersten Theil der Tagesordnung schloß der Sekretär den Antrag: Den Beschluß des Ortsvereins der Maschinenbau- u. Metallarbeiter zu Berlin, aus dem Verband zu scheiden, auf die Tagesordnung zu stellen und einer näheren Diskussion zu unterziehen. Die Versammlung stimmte dem bei und nahm nach längerer Diskussion folgende Resolution an: „In Erwägung, daß der Ortsverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter zu Berlin den Beschluß gefaßt hat, dem Delegiertentage vorzuschlagen, aus dem Verbande der Gewervereine auszuscheiden, beauftragt der Ortsverein zu Danzig, daß dieser Beschluß in die Welt geschickt wird, ohne Gründe anzugeben. Ferner erwarten wir ganz bestimmt, daß der Generalrath resp. der Ortsverein zu Berlin sich veranlassen fühlen möge, dahin zu wirken, daß sämtliche Vertreter der Orts- und Gewervereine an einem bestimmten Tage in Berlin eintreffen, zur Regelung der Verbandangelegenheiten, und erlöset es uns wichtig, daß die Arbeiter sämtlicher Ortsvereine Deutschlands sich auch über andere den Arbeitern nothwendige Fragen verständigen.“ Der Sekretär wurde sodann noch aufzufordert, die Sekretäre sämtlicher Ortsvereine des Gewervereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter zu erlösen, dahin zu wirken, daß sich die Ortsvereine dieser Resolution anschließen und derselben Ausdruck verliehen. Dieser Auffor-

derung glaubt durch Publikation im Gewervereinsnachkommen zu sein.

**§ Dortmund, 15. März.** In der getriggen General-Versammlung der hiesigen Ortsvereine wurde nach dem gemacht hatte, eine Commission von 5 Mitgliedern gewählt, welche die zur Gründung eines Consumvereins nöthigen Vorbereitungen treffen soll.

**§ Dortmund, den 7. März.** Die von den hiesigen Ortsvereinen am Sonntag Nachmittag 3 Uhr im Kölnischen Hofe aberraunte allgemeine Arbeiterversammlung, welche äußerst zahlreich auch von vielen Arbeitgebern unter anderem auch von unsern langjährigen Abgeordneten Wegmayer besucht war, wurde mit einleitenden Worten von dem für die Versammlung erwählten Vorsitzenden, Herrn Hülse, eröffnet. Schon bei Beginn der Rede des Herrn Hülse (Berlin) zeigten sich die laienmännlichen Elemente in störender Weise, woraus zu erhellen war, als ob sie mit Absicht, ihre Sprachmischsprache loszulassen, erschienen waren, wiewohl Herr Hülse sehr maßvoll über ihre Prinzipien sprach, und nur die Rede des Herrn Hübner (Berlin) vom vorigen Donnerstag beleuchtete. Besonders wurde auf die verfehlte Stellung der Gewervereine zu den Arbeitgebern hingewiesen und die Ziele unserer Vereine besprochen: Errichtung nationaler Krankenkassen, Begründung von Volks- und Bildungsbereitungen u. s. w. Herr Hülse über die den Arbeitern so häufig mangelnde Bildung sprach, schloß die Schweizerlinge ihre Tirade ab, d. h. ihre ohrenmerrenden stöhnenden Laute in Ohrenschmetzen überhört den Redner nicht zum Wort kommen zu lassen. Biewohl der Vorsitzende wiederholt am Rufe bat, machten doch die laubaren Herren schließlich zu einem mörderischen Standal, daß es dem Redner, dem reichender Beifall von unserer Seite zu Theil wurde, nicht möglich war, weiter zu sprechen, und die Versammlung so gegen 5 Uhr geschlossen werden mußte. Die Mitglieder der Ortsvereine, sowie mehrere Freunde derselben begaben sich nun nach dem Versammlungslokal, wo Herr Hülse seinen unterbrochenen Vortrag fortsetzte. Redner besprach dann noch einzelne Paragrafen des Gewervereinsstatuts, erläuterte die Produktiv-Gesellschaft, ermahnte dringend am Gewervereine festzuhalten und beauftragte baldigt eine außerordentliche Generalversammlung sämtlicher Ortsvereine hierüber auszuschreiben, wo wir unsere Meinungen ruhig austauschen könnten, ohne von den Schweizerlingen gestört zu werden. Einige Fragen, bezüglich der Gewervereine, wurden noch an Herrn Hülse gerichtet, die derselbe genügend beantwortete. Schließlich stellte Herr Hülse den Antrag, eine Sammlung für die Waldenburger vorzunehmen, welche einstimmig genehmigt wurde und 2 Bthl. 23 Sgr. ergab, die demselben dann übergeben wurden.

**§ Erlangen.** Die Arbeiterstellung in der hiesigen Fabrik der Holzwaarenfabrik, welche vor 14 Tagen von den Arbeitern wegen verweigerter Lohnerböhung begonnen wurde, hat am 8. März auf gutlichem Wege ihr Ende erreicht, was beiden Theilen, sowohl Fabrikant Hinkeldey als auch den Arbeitern zur größten Ehre gereicht. Das Zustandekommen dieser friedlichen Auslösung ist dem Generalsekretär des Gewervereins der deutschen Goldarbeiter, welcher zu diesem Zwecke hierher gekommen, zuzuschreiben. Insbesondere ist rühmend hervorzuheben, daß die Arbeiter während der Zeit der Arbeiterentstellung bei Ruhe und Geduldhaftigkeit den größten Theil bewahrten. Wir hätten bedauert, wenn der Plan des Gewervereins der Goldarbeiter, die Leute sofort insgeheim von Erlangen fort nach andern Bionterierfabriken zu befördern, wozu bereits die Mittel parat und Stellen ermittelt waren — zur Ausführung gelangt wäre, denn es wäre eben dadurch Erlangen ein — wenn auch nicht bedeutender — Indusriefolge verloren gegangen; aber durch die Nachgiebigkeit des Herrn Hinkeldey und seines Geschäftsführers Herrn Suttöf ist dies vermieden worden und wir wünschen nur, daß ferner dieses Geschäft blühen und die Eintracht zwischen Arbeitgeber und Arbeiter in demselben nie mehr gestört werde.

**§ Grödenberg, 27. Februar.** Bei der heutigen Wahl im Ortsverein der Stuhlarbeiter und verwandten Berufsgeoffenen wurden folgende Herren in den Vorstand gewählt: Alb. Vogt, Vors.; Ernst Schmidt, Sekr.; Heinrich Hübner (Breitstraße 21), Sekr.; Gustav Gell, Kass.; Gustav Zimmerlein, Controlr.; zu Ausschuß Mitgliedern: Heinrich Bollmann, Karl Martin, Wilhelm Große, Karl Schöp, Hermann Dress, Karl Senft. Der Verein besteht bis heut aus 89 Mitgliedern. **§ In Koblentz** bei Solingen hat eine verkappte Wiederherstellung der Trandshop (Ehnhnung der Arbeiter

mit Baaren) 45 Stiefelarbeiten zu einer Arbeitseinstellung veranlaßt.

**§ Kilm.** Am 8. März hat sich hier ein D. B. der Maurer und Steinhauer konstituiert, dem sich bereits 1/2 sämtlicher am Orte beschäftigten Berufsgeoffenen, nämlich 35 Mann, angeschlossen haben. Der Ausschuß besteht aus folgenden Personen: S. Schmalholz, Vors., S. Dalnewig, Stellv., S. Gischott, Sekr., C. Kempt, Kass., I. Kyminski, Contr.

**§ Mauen i. B.** Den hier aus wird die Agitation zur Ausbreitung unserer Ansichten lebhaft betrieben und ist jetzt in Kalkstein iden von so gutem Erfolge gewesen, daß wir die freudige Mittheilung von der Gründung eines Ortsvereins dabeilist machen können. Unter den Anzaben über die Beiträge für die Waldenburger ist Mauen vergessen worden, dasselbe hat 61 Bthl. 3 Sgr. 6 Pf. beigetragen.

**§ Stargard, d. 14. März.** Wir wünschen abauer des Ortsvereins zu Stargard i. Pom. erklären hiermit in der heute hier abgehaltenen Ortsversammlung, daß wir die Trennung vom Verbanke in keiner Weise billigen, und unter ganzes Streben niemals dahin gerichtet sein wird uns zu verschlimmern; indem wir an der Devote festhalten, daß Eintracht stark macht. Leid soll es uns thun, wenn unsre Berliner Freunde und Mitarbeiter das verzeihen haben, was am Delegiertentage v. J. so freudig begrüßt wurde: „Die Einigung mit dem Verbanke“. An Stelle des ausgeschiedenen Hrn. Jabel als Kassiencontrolleur wurde Herr Zimmermann, hieher Revier, gewählt, und als Revisor wurde Herr Rebs gewählt.

**§ Wilhelmshaven.** 3. März. Auf ärztliches Anrathen ist der Sekretär des Ortsvereins der Zimmerleute hierelbst aus dem Vorstand getreten und auftritt seiner Herr W. Gramm, wohnhaft Neu-Schwens bei Gaimwirth Naper gewählt. **§ S. Schipper, Vors.**

### Arbeitervereins-Beil.

**— Verbands-Mittheilungen.** Neu beigetreten ist der Verein Pöfned. Der Verein Augsburg hat uns freiwillig den vorausschicklichen Jahresbeitrag für das laufende Jahr (mit 3 fr. = 1 Sgr. pro Mitglied) übersandt. Es wäre wünschenswerth, wenn möglichst viele Vereine diesem Beispiele folgten, indem die spätere Abrechnung hierdurch sehr erleichtert sein würde. Der Vorort ist schon seit einiger Zeit mit Ermittelung eines für Abhaltung des diesjährigen Verbandstages geeigneten Ortes beschäftigt. Eine desfallige Anfrage ist abgelehnt worden; eine zweite wird hofentlich zu gutem Erfolge führen. In einigen Tagen soll den Herren Vertrauensmännern hierüber nähere Mittheilung gemacht resp. deren Zustimmung zu Ort und Tagesordnung eingeholt werden. Der Vorort.

Am Berliner Arbeiterverein sprach am Sonntag Hr. Dr. Mar Hirsch über das Vereins- und Preisgesetz und zeigte an beiden, daß dieselben einerseits nur Produkte der Realienperiode seien und mit dem deutschen Rechte nichts gemeinsam hätten, andererseits das allgemeine direkte Wahlrecht illusorisch machten. Als Hauptmangel am Vereinsgesetz stellte er das vollständig der Willkür des Einzel-Beamten überlassene Aufstufungsrecht hin, als Hauptmangel am Preisgesetz die Kautionspflicht und die gegenwärtige Art der Beizlagnahme. Am Schluß forderte Redner auf durch eine Petition an den Reichstag anzuregen, daß das Vereins- und Preisgesetz Aufnahme in dem jetzt dem Reichstage vorliegenden Strafreichgesetz für den ganzen norddeutschen Bund fänden. Nach längerer Debatte tritt die Versammlung dieser Aufforderung bei. — Es wird sodann über die Verlegung des Vereinslokals mehr nach der Mitte der Stadt hin gesprochen, ein definitiver Beschluß jedoch nicht gefaßt. — Schließlich theilt der Vorsitzende Hr. Krebs mit, daß auch in diesem Jahre zur Erinnerung an die Märzgefallenen von 1848 eine ernste und stille Feier begangen werden wird, zu der Herr Jakob Veneder die Erinnerungserde aufgelagt hat.

**— Aus Süddeutschland, Anfang März.** Vor einiger Zeit haben ich Ihnen von dem Entstehen eines mittelrheinischen Fabrikantenvereins berichtet, welcher sich u. A. auch die Aufgabe stellt, durch Beförderung des sozialen Fortschritts der Arbeiter ein Band der Gegenseitigkeit und des Vertrauens um Arbeitgeber und Arbeiter zu schlingen. Zu seinem ständigen Sekretär hat der Verein Hrn. Jul. Schulze, zur Zeit Vorort-Vorsitzender des deutschen Arbeiterbundes, gewonnen, der damit wohl einen Beweis von der Verantwortlichkeit und dem Ernst gegeben, womit er an die gestellte Aufgabe herantritt. Dieser Tage hielt Hr. Schulze im hiesigen Vortrag über die Frage der Arbeiterwohnungen. Mit Theilnahme wird er seine verantwortlichen Funktionen antreten.

**— Jittan.** Die Feier des Stiftungsfestes des Arbeiterbildungsvereins, die am 26. Februar begangen wurde, lieferte den erfreulichsten Beweis vom Wachsthen, Blühen und Gedeihen dieses Vereins, der vor einem Jahre hauptsächlich auf Veranlassung des Dr. Mar Hirsch gegründet wurde. An dem Feste theilnahmen sich zahlreiche Gäste aus allen Städten, die aus dem mit größter Zustimmung gehaltenen Vorträgen und Reden (Abw. Hagen, Lehrer Dache u. A.) ersehen, wie rüstig das Leben im Verein sich

